WerkstattGeschichte 32, Ergebnisse Verlag, Hamburg 2002, S. 31-43

■ MARIANA HAUSLEITNER

Gegen die Zwangsrumänisierung.

Die Kooperation von Bukowiner Deutschen, Juden und Ukrainern in der Zwischenkriegszeit

Durch den Zerfall des russischen Zarenreiches und der Habsburger Monarchie entstanden nach dem Ersten Weltkrieg mehrere Staatsgebilde, die sich als Nationalstaaten verstanden, obwohl sie eigentlich Nationalitätenstaaten waren. Der Anteil an nationalen Minderheiten lag in Rumänien, Polen und Lettland bei etwa 30%, bei den anderen Staaten etwas darunter. Aufgrund des Drucks der Entente unterzeichneten die Regierungen dieser Staaten bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten, doch sie versuchten anschließend der jeweiligen Titularnation – etwa den Rumänen, Polen und Letten – Vorzugsbedingungen zu schaffen. Bei der sogenannten »Nostrifizierung« ging es nicht nur darum, die alten imperialen Eliten im politischen Bereich zu verdrängen, sondern auch um eine Entmachtung von Angehörigen der Minderheiten in Wirtschaft und Verwaltung. Das Instrumentarium reichte von der Schließung der Minderheitenschulen, über restriktive Eingriffe in das Vereins- und Pressewesen der Minderheiten bis zu Programmen zur Kolonisierung, bei denen gezielt nur Angehörige der »staatstragenden Ethnie«[1] Bodenparzellen in von Minderheiten besiedelten Gebieten erhielten. Zumeist werden diese Maßnahmen heute euphemistisch als »Nationbuilding« bezeichnet und die hohen sozialen Kosten nicht erwähnt.[2]

In der Nationalismusforschung dominierte lange der von Benedict Anderson und Ernest Gellner in den achtziger Jahren geprägte Ansatz, in dem Modernisierung mit der Überwindung der Heterogenität polyethnischer Strukturen gleichgesetzt wurde.[3] Erst angesichts der Konflikte nach dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens begann Gellner darüber zu reflektieren, inwieweit die ungelösten Probleme der mitteleuropäischen Minderheiten die aggressive Vertreibungspolitik in den vierziger Jahren begünstigt hatten. [4] Rogers Brubaker zeigte Parallelen auf im Verhalten der

1 Gemeint ist der Teil der Bevölkerung, dessen Sprache und Kultur den Staat konstituieren sollte – in diesem Fall also das Rumänische. Über die Haltung der Bevölkerung rsp. einzelner Bevölkerungsgruppen zu Staat und Staatspolitik ist damit jedoch nichts ausgesagt.

2 So wird zum Beispiel in vielen Darstellungen zur polnischen Geschichte das Kolonisierungsprogramm nicht erwähnt, das zu einem Zuzug von mindestens 100.000 Polen in Gebiete mit größtenteils ukrainischer Bevölkerung in Galizien und Wolhynien führte. So bleiben die Terroranschläge ukrainischer Nationalisten in den dreißiger Jahren unerklärt. Vgl. Norman Davies, Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2000, S. 120f. und Orest Subtelny, Ukraine. A History, Toronto/ London 1994, S. 429.

3 Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt 1988; Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991.

4 Ernest Gellner, Nationalism and Politics in Eastern Europe, in: New Left Review 189, 1991, S. 127-134. Nach seinem Tod erschien: Nationalismus. Kultur und Macht, Berlin 1999.

Russen in den von der Sowjetunion nach 1990 wegstrebenden Republiken und jenen Deutschen, die nach 1918 außerhalb Deutschlands verblieben waren. Er verwies im Fall Polens auch auf die unterschiedliche Regierungspolitik nach 1918 gegenüber Minderheiten: Während die Ukrainer assimiliert werden sollten, wurden Juden und Deutsche marginalisiert.[5]

Rumänien war nach dem Ersten Weltkrieg kein neu geschaffener Staat, denn zwei bis 1878 unter osmanischer Oberherrschaft stehende Fürstentümer waren bereits 1859 vereinigt worden. Doch das Königreich Rumänien konnte 1918 durch den Anschluß des zuvor russischen Bessarabien und der Habsburger Gebiete Bukowina und Siebenbürgen sein Staatsterritorium verdoppeln. Mit Siebenbürgen bekam Großrumänien wichtige Industriezentren, wodurch ein Modernisierungsschub möglich wurde. Er fiel aber nicht sehr nachhaltig aus, weil die Staatsbürokratie aus dem Altreich die institutionelle Vielfalt in den neuen Provinzen mit großem Mißtrauen verfolgte. Da es im Altreich keine kommunale Selbstverwaltung, keine autonome Arbeiterversicherung oder Genossenschaften gegeben hatte, behinderten die Bukarester Ministerien diese durch ständige Eingriffe, bis sie die Anpassung an ihr zentralistisches Modell durchgesetzt hatten.

Anhand des Beispiels der Bukowina soll aufgezeigt werden, wie ungelöste soziale und ökonomische Konflikte zunehmend auf eine ethnische Konfrontation hin ausgerichtet wurden. Diese Transformation bekam in der Bukowina eine besondere Brisanz, weil die Rumänen nur 41% der Gesamtbevölkerung stellten. Im Norden der Bukowina lebten vor allem Ukrainer, die 1930 ermittelten 256.515 entsprachen einem Anteil von 33% an der Bukowiner Bevölkerung. Die Deutschen stellten 8,8% und die Juden 10,8%.[6] Die Vertreter der Ukrainer, Juden und Deutschen leisteten lange Zeit gemeinsam Widerstand gegen die Zwangsrumänisierung. Die Minderheiten agierten in Dachverbänden, denen verschiedene politische Strömungen, Kulturvereine und Genossenschaften der jeweiligen Ethnie angehörten. Für Gleichberechtigung und Autonomie setzte sich als einzige Partei Rumäniens die Sozialdemokratie ein, die in den neu angeschlossenen Gebieten besonders viele Mitglieder aus den Reihen der Minderheiten hatte.

Im weiteren wird dargestellt, in welchen Formen sich die Protestaktionen der Dachverbände der Minderheiten und der Sozialdemokratie gegen die Regierungspolitik entfalteten. Welche Wirkung hatten sie? Wodurch wurde die Allianz der Nichtrumänen zusammengehalten und wodurch wurde sie gesprengt? Inwieweit hängt der Abbruch der Kooperation zwischen den Dachverbänden einerseits und mit der Sozialdemokratie andererseits mit einem Wechsel im Selbstverständnis der Deutschen und Ukrainer zusammen? Wieso hatten diese sich bis Anfang der dreißiger Jahre als regionale ethnische Gruppen mit einer spezifischen Geschichte verstanden und danach zunehmend als Teile eines staatsübergreifenden »Volkskörpers«? Waren für diese Veränderung die Diskriminierung durch die rumänischen Regierungen oder die zunehmende Unterstützung durch das Deutsche Reich ausschlaggebend?

---

5 Rogers Brubaker, Nationalism reframed. Nationhood and the national Question in New Europe, Cambridge/ New York 1996.

6 In österreichischen Volkszählungen wurden nur Sprachgruppen ermittelt und die Zahl der Rumänen viel niedriger und die der Ukrainer höher angegeben. Bei der Zählung von 1930 wurden nach Nationalität 44,5% Rumänen und bei der Muttersprache nur 41% festgestellt. Die entsprechende Differenz zwischen 27,7% Ukrainern nach Nationalität und 33% mit ukrainischer Muttersprache wurde auf angeblich »slawisierte Rumänen« zurückgeführt, die zum Rumänentum zurückgewonnen werden sollten.

1. Der Kampf für Minderheitenrechte im neuen rumänischen Staat

Die Bukowina war seit 1775 Teil der polyethnischen Habsburger Monarchie. Die rumänischen Großgrundbesitzer konnten ihre Privilegien erhalten und bestimmten weitgehend alleine die Politik im vom Adel dominierten Landtag des Kronlandes. Unter den Ukrainern gab es kaum Adlige und daher erhielten die Vertreter der ukrainischen Mittelschicht und Bauernschaft erst durch den »Bukowiner Ausgleich« von 1910 eine ihrem Bevölkerungsanteil fast entsprechende Anzahl von Sitzen im Landtag. Nach der Einführung des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts auf der Ebene des Reichsrates 1907 hatten viele Bukowiner Abgeordnete eine Erweiterung des nach Besitz und Vermögen organisierten Wahlrechts auf Landesebene gefordert. Mit dem »Bukowiner Ausgleich« wurde die Bauernschaft etwas stärker als zuvor berücksichtigt. Um auch die geforderte angemessene Vertretung der ethnischen Minderheiten zu erreichen, wurden Kataster der Wähler nach Sprachgruppen gebildet, die unabhängig von den Mehrheiten im Wahlkreis eine angemessene Vertretung sichern sollten. Den Juden hatte die Wiener Zentralbehörde keine Wahlkurie als eigene Sprachgruppe zugebilligt. Sie wurden der Kurie der »Deutschsprachigen« zugeschlagen. Das Zugeständnis an die Forderung auf eine eigene Vertretung bestand darin, daß die gemeinsame Kurie der »Deutschsprachigen« in 10 jüdische und 7 deutsche Mandate aufgeteilt wurde.[7]

Bis 1918 orientierten sich nicht nur viele Juden und Deutsche aus der Ober- und Mittelschicht der Bukowina an der deutsch-österreichischen Kultur, sondern auch viele rumänische Großgrundbesitzer sprachen sogar in der Familie deutsch. Nur sehr kleine Zirkel von Lehrern, Pfarrern und Rechtsanwälten pflegten rumänische und ukrainische Traditionen.[8] Die Mehrheit der Ukrainer und Rumänen lebte auf dem Lande und assimilierte sich durch Heiraten an die Mehrheitsbevölkerung: im Norden an die Ukrainer und im Süden an die Rumänen.[9]

Im Oktober 1918 versuchte Kaiser Karl I. die Habsburger Monarchie in einen Bundesstaat umzugestalten und rief zur Bildung von Volksräten der Nationalitäten auf. In der Bukowiner Landeshauptstadt Czernowitz (heute: Černivci) entstanden Volksräte der Ukrainer, Rumänen, Deutschen, Juden und Polen. Alle politischen Strömungen waren in ihnen vertreten. Einige Rumänen verhandelten mit dem ukrainischen Volksrat über eine Aufteilung der Bukowina. Alle Abgeordneten der Ukrainer verlangten den Anschluß des mehrheitlich ukrainisch besiedelte Nordteils mit der im November 1918 entstandenen Westukrainischen Republik. Diese Republik war im Osten Galiziens proklamiert worden, doch ihre bewaffneten Verbände konnten sich nicht gegen die gleichzeitigen Angriffe der polnischen und rumänischen Ar-

---

7 Juden wurden in der Habsburger Monarchie nicht als Nationalität anerkannt, die Muttersprache der meisten Ostjuden, Jiddisch, tauchte in den Volkszählungen nicht auf. In der Bukowina gaben die meisten Juden bei den Volkszählungen deutsch als Umgangssprache an. Vgl. Gerald Stourzh, Der nationale Ausgleich in der Bukowina 1909/1910, in: Ilona Slawinski/ Joseph P. Strelka (Hg.), Die Bukowina: Vergangenheit und Gegenwart, Bern 1995, S. 49.

8 Überblick zu den nationalen Vereinen vor 1918 vgl. Emanuel Turczynski, Geschichte der Bukowina in der Neuzeit, Wiesbaden 1993, S. 189-198.

9 Wichtiger als die unterschiedlichen Sprachen war die gemeinsame Konfession: Die meisten Ukrainer gehörten wie die Rumänen zur griechisch-orthodoxen Kirche, nur einige wenige Ukrainer aus Galizien waren Mitglieder der mit Rom unierten Kirche. Inwieweit eher von Akkulturation gesprochen werden muß, kann aufgrund fehlender Forschung über diese Mischehen nicht geklärt werden.

meen behaupten. Obwohl sich die Westukrainische Republik im Januar 1919 mit der ehemals zaristischen Ostukraine zusammenschloß, wurde die nationalen ukrainischen Streitkräfte in den militärischen Auseinandersetzungen bis 1921 aufgerieben.[10]

In der Bukowina setzten sich jene Rumänen durch, die eine Intervention der Armee Rumäniens forderten. Diese okkupierte im November 1918 nicht nur die gesamte Bukowina, sondern auch noch weitere angrenzende, ukrainisch besiedelte Gebiete. Die Militärbehörden gingen mit äußerster Härte gegen die Mitglieder des Ukrainischen Volksrates vor. Viele ehemalige Abgeordnete des Landtags, Lehrer und Pfarrer wurden mehrere Monate ohne Anklage inhaftiert und danach unter Polizeiaufsicht gestellt. Die Tätigkeit der Volksräte der Deutschen, Juden und Polen wurde durch die Bestimmungen des Belagerungszustandes stark behindert. Nachdem Ende 1919 die Auflösung der Volksräte verfügt wurde, vertraten die Nichtrumänen ihre Anliegen in Dachverbänden, die mit den Organisationen der Deutschen, Juden und Ukrainer in anderen Landesteilen Rumäniens eng zusammenarbeiteten. So entstand zum Beispiel der »Verband der Deutschen in Großrumänien«, der ein Organisationsnetz mit Ortschaftsräten und Kreisausschüssen aufbaute.

Die neuen Machthaber der Bukowina legitimierten ihr Programm zur Rumänisierung damit, dass die österreichische Verwaltung der Bukowina ihren rumänischen Charakter geraubt und sie »germanisiert« habe. Einflußreichster Politiker wurde der Historiker Ion Nistor, der 1912 in Czernowitz den Lehrstuhl für südosteuropäische Geschichte erhalten hatte. Bei Kriegsbeginn hatte er die Bukowina verlassen und sich im Königreich Rumänien für den Kriegseintritt gegen die Mittelmächte eingesetzt.[11] Dort erwarb er das Vertrauen von Ion I. Brătianu, des Führers der Nationalliberalen Partei, der bis 1927 die Politik in Rumänien maßgeblich bestimmte. Nistor kritisierte den von den Österreichern geförderten, deutschsprechenden »Homo bucovinensis« und stellte in seinen Schriften die Besiedlung der Bukowina mit deutschen und anderen Kolonisten im 18. Jahrhundert als Entnationalisierung dar, die rückgängig gemacht werden müßte.[12] Besonders heftig wandte er sich gegen angeblich aus Galizien »eingesickerte« Ukrainer, die er des Bolschewismus bezichtigte, obwohl sie nur die Aufteilung der riesigen Ländereien rumänischer Großgrundbesitzer forderten. Anfang 1919 fand in der benachbarten Westukrainischen Republik eine umfassende Bodenaufteilung statt, während sie in Rumänien nur in einer Rede des Königs vor Frontsoldaten in Aussicht gestellt worden war.

Viele ukrainische Kleinbauern und Landarbeiter hofften 1919 noch, dass die Pariser Friedenskonferenz einen Rückzug rumänischer Truppen aus der Nordbukowina veranlassen würde. Ihre Sprecher konnten jedoch in der Bukowina kaum tätig werden, weil die rumänische Armee das Czernowitzer »Ukrainische Volkshaus«, das seit 1884 der Sitz aller Kulturvereine und Genossenschaften gewesen war, besetzt hatte. Nistors Anhänger übernahmen die Druckerei der ukrainischen Verbände und druckten vor allem rumänische Propagandaschriften. Das gesamte Grenzgebiet im Norden war fast durchgehend bis 1928 unter Belagerungszustand, wodurch Versammlungen von Parteien, Kulturvereinen und Genossenschaften unterbunden werden konnten. Die Pressezensur war willkürlich, so dass etwa Artikel, die in der

---

10 Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994, S. 165-187.

11 Nicolae Stoicescu, Istoricul Ion I. Nistor, in: Revista de istorie 29, Nr. 12, Bucureşti 1976, S. 1969.

12 Irina Livezeanu, Cultural Politics in Greater Romania. Regionalism, Nation Building and Ethnic Struggle 1918-1930, Ithaca/ London 1995, S. 59.

deutschsprachigen Zeitung der Sozialdemokraten erscheinen durften, im ukrainischen Parallelblatt verboten wurden.[13]

Im März 1919 beriet der Oberste Rat bei der Pariser Friedenskonferenz erstmalig über die ukrainische Nordbukowina und nahm auch Beschwerden von geflohenen Mitgliedern des ukrainischen Volksrates der Bukowina über die Repression der rumänischen Militärbehörden zur Kenntnis. Angesichts der Instabilität der Westukrainischen Republik, die sich nicht gegen die Angriffe der polnischen, tschechischen und sowjetrussischen Verbände behaupten konnte, sprachen die Vertreter der Großmächte im Friedensvertrag mit Österreich im September 1919 die gesamte Bukowina Rumänien zu. Ein weiterer Grund dafür war, dass die rumänische Armee im August 1919 mit der Besetzung von Budapest entscheidend zum Sturz der ungarischen Räterepublik beigetragen hatte und als ein Stützpfeiler im geplanten Schutzwall gegen die Ausbreitung des Bolschewismus in Europa galt.

Die große Mehrheit der Ukrainer traf besonders hart, dass sie bei der Bodenreform in Rumänien benachteiligt wurden. Auch die deutschen Bauern der Bukowina bekamen weniger Land als rumänische, doch war ihre wirtschaftliche Situation besser als die der Ukrainer.[14] Alle Nichtrumänen hatten Nachteile durch die sofortige Einführung des Rumänischen in Verwaltung, Justiz und Bildung. Prüfungen in der neuen Amtssprache ermöglichten es, viele Staatsbedienstete zu entlassen und durch Gefolgsleute der neuen Machthaber zu ersetzen. In den Schulen wurden viele rumänische Lehrer eingestellt und Lehrer aus der Bukowina ins Altreich zwangsversetzt. Bis Juli 1920 waren bereits siebzig ukrainische Volksschulen geschlossen worden.[15] Nistor verteidigte diese Politik im Senat damit, dass die in den letzten hundert Jahren »slawisierten Rumänen« zum »Rumänentum« zurückgeführt werden müßten. Rumänische Pfarrer behaupteten, durch eine Analyse des Namens bestimmen zu können, welche Familien im 18. Jahrhundert »ursprünglich« Rumänen gewesen seien.[16] Obwohl sich die rumänische Regierung bei der Pariser Friedenskonferenz verpflichtet hatte, alle Bewohner der neuen Provinzen einzubürgern, erließen die neuen Machthaber 1924 ein Staatsbürgerschaftsgesetz, durch das ein Teil der jüdischen und ukrainischen Bevölkerung staatenlos wurde. Diese Bukowiner konnten nicht nachweisen, schon 1908 das Heimatrecht in einer Gemeinde erworben zu haben, da eine Registrierung in der österreichischen Zeit keine Pflicht gewesen war.

Der Widerstand gegen die Maßnahmen der neuen Machthaber wurde in den zwanziger Jahren vor allem von der Sozialdemokratie sowie den jüdischen, deutschen und ukrainischen Dachverbänden gemeinsam getragen. Das taktische Vorgehen war jedoch unterschiedlich. Die Vertreter der Dachverbände der Minderheiten verhandelten mit der jeweiligen Regierungspartei über Zugeständnisse und stellten die Unterstützung ihrer Mitglieder bei Wahlen in Aussicht. Die Sozialdemokraten setzten sich für Gleichberechtigung ein, kritisierten aber offensiv die Regierungspolitik. Zur Veranschaulichung der damaligen Anziehungskraft der Linken sei erwähnt, dass zur 1. Mai-Feier 1919 in Czernowitz 20.000 Personen zusammenkamen, während

---

13 Mariana Hausleitner, Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Großrumäniens 1918-1944, München 2001, S. 175f. und 199.

14 Nistor führte zu seiner Verteidigung folgende Verteilung an: von den 50.595 Bauern, die zwischen 1922 und 1925 Land erhielten seien 28.787 Rumänen, 17.331 Ukrainer, 3.109 Deutsche und der Rest andere gewesen. Vgl. Hausleitner, Die Rumänisierung, S. 156.

15 George Grigorovici, Socialismul în Senat, Cernăuţi 1920, S. 33f.

16 Dimitrie Ţopa, Românismul dintre Prut ţi Nistru în fosta Bucovina, Bucureşti 1928, S. 38 und 53.

die gesamte Stadtbevölkerung 94.910 betrug.[17] Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die sich auch für das Wahlrecht der Frauen einsetzte. Das dann im September 1919 verabschiedete Wahlrecht galt nur für Männer, so dass sich die anderen Parteien auch weiterhin nicht um die Organisation von Frauen bemühten.[18] Die Sozialdemokratie wandte sich vor allem gegen die fadenscheinige Begründung der Notstandsmaßnahmen. Die Sicherheitspolizei behauptete, »bolschewistische Umtriebe« bekämpfen zu müssen, obwohl es damals in der Bukowina noch keine kommunistischen Gruppen mit Verbindungen nach Sowjetrußland gab.[19]

Die Bukowiner Sozialdemokraten publizierten neben dem deutschsprachigen Zentralorgan auch Zeitungen in rumänischer, ukrainischer und jiddischer Sprache. 1919 kamen drei sozialistische Abgeordnete aus der Bukowina ins Parlament: ein Rumäne, ein Deutscher und ein Jude. 1920 waren es außer diesen dreien auch noch drei ukrainische Sozialisten. Die national orientierten Ukrainer boykottierten als Zeichen des Protests gegen den Anschluß an Rumänien die Parlamentswahlen und bildeten erst 1922 eine eigene Partei. Daher ruhten die Hoffnungen vieler Ukrainer auf der Sozialdemokratie, deren Abgeordnete bis 1920 ein Plebiszit über die Zugehörigkeit des ukrainischen Nordens forderten.[20] Danach setzten sich die Bukowiner Sozialdemokraten vor allem für eine gerechte Verteilung des Bodens der rumänischen Großgrundbesitzer ein.

Als die Bukowiner Behörden 1920 aufgrund der engen Auslegung der Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft zwei jüdische Gewerkschafter auswiesen, die aus Galizien stammten, legte ein 24-Stunden-Streik das gesamte öffentliche Leben lahm. Dieser Beschluß wurde rückgängig gemacht. Ebenfalls mit Generalstreik reagierten die Gewerkschaften auf die Verfügung des Bukarester Arbeitsministeriums, die selbstverwaltete Arbeiterversicherung seiner Kontrolle zu unterstellen. Doch das Militär zerschlug den landesweiten Streik im Oktober 1920 und danach begann ein Aufspaltungsprozeß in der linken Bewegung, wodurch ihr Einfluß stark zurückging. Zwischen 1922 und 1926 gab es nur noch einen Sozialdemokraten im Parlament: Jakob Pistiner vom Jüdischen Arbeiterbund war von Czernowitzern aller Ethnien gewählt worden.[21] Er setzte sich für Korrekturen zugunsten der Nichtrumänen bei der Agrarreform ein, kritisierte das scharfe Vorgehen gegen Ukrainer, die des Irredentismus bezichtigt wurden und warnte vor der Untätigkeit der Behörden angesichts antisemitischer Ausschreitungen.[22] Zu einem Zeitpunkt, als die Sozialdemokraten auf Landesebene bereits ziemlich einflußlos waren, hatten sie in Czernowitz noch viele Unterstützer. Sie errangen bei den Gemeinderatswahlen von 1927 trotz Behinderungen 42% der Stimmen.[23]

---

17 Diese Zahl nannte eine rumänische Zeitung, welche die Sozialisten nicht unterstützte. Vgl. Sărbătorirea muncii, in: BUCOVINA, I, 37 vom 3.5.1919.

18 Einige Frauen in den Städten wirkten in Wohltätigkeitsvereinen, doch selbst diese waren den rumänischen Militärbehörden suspekt, und sie ließen sie mit Hinweis auf den Belagerungszustand verbieten.

19 Die 1921 gegründete Kommunistische Partei war 1924 verboten worden. Erst in den dreißiger Jahren tauchten in der Bukowina Flugblätter auf, welche die politische Linie der Kommunistischen Internationale vertraten. Vgl. Hausleitner, Die Rumänisierung, S. 241ff.

20 Grigorovici, Socialismul, S. 37.

21 Joseph Kißmann, Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung »Bund« in der Bukowina, in: Hugo Gold (Hg.), Geschichte der Juden 1. Bd, Tel Aviv 1958, S. 129-144.

22 Hausleitner , Die Rumänisierung, S. 201.

23 Bukowiner Arbeiter-Kalender für das Jahr 1928, Cernăuţi 1927, S. 86.

Außer der polyethnischen Sozialdemokratie wehrten sich auch die Dachverbände der Deutschen, Juden und Ukrainer gegen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Marginalisierung der Nichtrumänen. Ihre Kooperation untereinander war in den zwanziger Jahren sehr eng, weil sie ein gemeinsames Ziel hatten: ihre Autonomie in kulturellen Belangen zu bewahren. Die Bukowiner Übergangsregierung versuchte seit Ende 1918 mit Unterstützung der rumänischen Besatzungsarmee die Kulturvereine, Lesesäle und Genossenschaften der Nichtrumänen zu schließen. Dagegen formierte sich eine breite Abwehrfront. Bei einer Protestversammlung in Czernowitz im Juni 1922 kritisierte der ukrainische Anwalt Vasyl' Dutčak, dass durch die Einführung des Rumänischen als einzige Amtssprache viele Staatsbedienstete und Anwälte ihren Unterhalt verloren hätten. Mayer Ebner von der Jüdischen Partei und ein Vertreter der Polen wandten sich gegen die Rumänisierung des Schulwesens. Die Versammlung wurde durch das Auftreten rumänischer Rechter gestört, welche die Teilnehmer der Kundgebung als »Bolschewisten« beschimpften.[24] Rumänische Nationalisten verlangten auch ein Verbot deutschsprachiger Aufführungen im Czernowitzer Stadttheater. Als erstes wurde 1922 die Schiller-Statue vor dem Theater abgerissen. Ein Trauerzug von vielen Deutschen, Juden und anderen trug sie zum Deutschen Haus. Nach einem Tumult rumänischer Nationalisten wurde 1924 ein rumänischer Direktor eingesetzt. Doch seitdem lediglich rumänische Stücke gespielt wurden, bestand das zuvor sehr populäre Theater nur dank hoher Staatssubventionen weiter. Die Solidarität zwischen den Nichtrumänen war in den zwanziger Jahren noch so stark, dass eine jiddische Truppe aus Wilna vor einem breiten Publikum im Deutschen Haus auftreten konnte.[25]

Gemeinsam gingen die Vertreter der Nichtrumänen 1924 auch gegen das neue Gesetz zur Staatsbürgerschaft vor. Mayer Ebner von der »Jüdischen Partei« wies auf die Bestimmungen des Friedensvertrages hin, der allen Bürgern der ehemaligen Habsburger Gebiete die Bürgerrechte garantierte.[26] Der schon erwähnte ukrainische Anwalt Dutčak forderte mit besonderem Nachdruck ein Gesetz zum Schutz der Minderheitenrechte.[27]

Im Parlament verlangte 1920 der deutsche Abgeordnete Alfred Kohlruß, dass die Regierung das selbstverwaltete Schulwesen der Nichtrumänen respektieren müsse und wurde daraufhin von den Parteigängern Nistors heftig angegriffen.[28] Der Konflikt um die Autonomie des Schulwesens spitzte sich besonders zu, als 1926 auswärtige Prüfer für die Abschlußprüfungen eingeführt wurden. Diese Prüfer bestimmte in der Bukowina ein bekanntermaßen antisemitischer Professor, woraufhin ein großer Teil der jüdischen und ukrainischen Oberschüler in Czernowitz durchfiel. Als jüdische Schüler einen Prüfer zur Rede stellten, kam es zu einem Handgemenge. Die jüdischen Schüler wurden angeklagt und David Falik von einem Rechtsradikalen vor dem Gericht erschossen. Diesen Fall griffen die Abgeordneten der Deutschen und der Juden auf, sie wurden aber von der Parlamentsmehrheit niedergeschrieen. Bei einer Attacke eines

---

24 Hausleitner, Die Rumänisierung, S. 174.

25 Horst Fassel, Das Czernowitzer Deutsche Theater, in: Südostdeutsches Archiv, 1993/94, S. 121-162; Peter Rychlo, Ein Schnitt, der mitten durchs Leben ging. Georg Drozdowski und seine Bukowina, in: Kaindl-Archiv 9, 1992, S. 27.

26 Carol Iancu, Evreii din România. De la emancipare la marginalizare 1919-1938, Bucureşti 2000, S. 103.

27 Basil Dutczak, Das Minimum der Volksstammesrechte in Rumänien, Černăuţi 1923.

28 Hausleitner, Die Rumänisierung, S. 182.

rumänischen Abgeordneten aus der Bukowina auf den jüdischen Abgeordneten Manfred Reifer hielt der ukrainische Abgeordnete Volodymyr Zalozec'kyj diesen fest und die Sozialisten schützten Reifer.[29] Interviews mit Zeitzeugen zeigen, dass es im Alltagsleben intensive Kontakte besonders zwischen Juden und Deutschen gab, die bis in die dreißiger Jahre fortwährten. Die Schüler besuchten teilweise dieselben Schulen und Kulturveranstaltungen. Nur die Sportgruppen waren bereits in den zwanziger Jahren nach Ethnien getrennt organisiert, trugen aber regelmäßig untereinander Wettkämpfe aus.[30]

Seit 1925 verteilte die Regierung vorzugsmäßig Bodenparzellen an Rumänen in ukrainischen Ortschaften, um die Zwangsassimilation voranzutreiben. Der Abgeordnete Antin Lukaševyč wies im Parlament darauf hin, dass die landwirtschaftliche Produktion durch die aus politischen Gründen fehlgeleitete Agrarreform niedriger sei als vor dem Krieg.[31] Die Ukrainer wandten sich auch auf der supranationaler Ebene gegen ihre Diskriminierung.

Vom Völkerbund war aufgrund einer Vielzahl von Beschwerden eine Kommission eingerichtet worden, welche die Einhaltung der von den ostmittel- und südosteuropäischen Regierungen unterzeichneten Schutzgesetze kontrollieren sollte. Bezüglich Rumäniens richteten vor allem Ukrainer unzählige Petitionen an diese Kommission. Sie stammten einerseits von Ukrainern aus der Bukowina und andererseits vom Ukrainischen Landeskomitee der Bukowina, das beim Einrücken der rumänischen Armee 1918 geflohen war und sich als Teil der seit 1921 im Exil wirkenden Westukrainischen Regierung verstand. Die Inhalte waren dieselben: Kritisiert wurde die Zerschlagung der ukrainischen Kulturvereine, die Benachteiligung der Ukrainer bei der Agrarreform, die Zwangseinschulung ukrainischer Schüler in rumänische Volksschulen sowie das neue Staatsbürgerschaftsgesetz. Die zuständige Kommission des Völkerbundes erkannte die Berechtigung der Beschwerden an und schickte 1926 den Direktor der Sektion Minderheiten zur Untersuchung der Lage nach Rumänien. Doch die Bukarester Ministerien und die rumänischen Bukowiner Politiker bestritten, eine Zwangsassimilation der Ukrainer anzustreben. Der Völkerbund hatte außer der Verwarnung von Regierungen keine Sanktionsmöglichkeiten und so wurde immer wieder von neuem über die Beschwerden der Ukrainer verhandelt. Der offizielle Berichterstatter an den Dreierrat des Völkerbunds stellte 1929 resigniert fest, dass die Vertreter Rumäniens einen Teil der ukrainischen Bevölkerung als Rumänen ansähen, welche die Muttersprache vergessen hätten und ihnen daher keine Minderheitenrechte zubilligen würden.[32] Auch von jüdischer Seite erreichte den Völkerbund 1925 eine Beschwerde, die Rumänien betraf. Sie beanstandete, dass durch das neue Staatsbürgerschaftsgesetz 30.000 Personen zu Staatenlosen geworden seien. 1926 wurde eine Petition von 34 Abgeordneten und 12 Senatoren aus Polen eingesandt, in der unter Bezugnahme auf den in Czernowitz ermordeten Oberschüler die Diskriminierung der Juden in Rumänien kritisiert wurde.[33]

---

29 Lya Benjamin, Paradigma Falik-Totu, in: Studia et Acta Historiae Iudaeorum Romaniae, Bucureşti 1997, S. 187-200; Manfred Reifer, Menschen und Ideen, Tel Aviv 1952, S. 205ff.

30 »Czernowitz is gewehn an alte jidische schtot...«. Überlebende berichten, hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung/ Elieser Steinbarg-Gesellschaft, Czernowitz 1998 und Gaby Coldewey u.a., Zwischen Pruth und Jordan. Lebenserinnerungen Czernowitzer Juden, Köln 2002.

31 Colonizarea şi organizarea frontierelor României Mari, Bucureşti 1925; Arkadij žukovskyj: Istorija Bukovyny, č. 2, Černivci 1992, S. 125.

32 Hausleitner, Die Rumänisierung, S. 125-128.

33 Die 1925 eingereichte Resolution stammte nicht von in Rumänien wirkenden jüdischen Organi-

Vertreter der Dachverbände der Deutschen, Juden und Ukrainer aus Rumänien beteiligten sich gemeinsam an den Tagungen des 1925 gegründeten Europäischen Nationalitätenkongresses. Sie versuchten dort, ihre Interventionen beim Völkerbund zu koordinieren, was jedoch zu keiner wesentlichen Veränderung der Regierungspolitik führte.[34] Zusammenfassend soll festgehalten werden, dass angesichts der Verweigerung der Minderheitenrechte besonders durch die seit 1922 regierenden Nationalliberalen sowohl die offensive Politik der Sozialdemokratie als auch die Verhandlungstaktik der Dachverbände der Nichtrumänen gescheitert war.

2. Auf dem Weg zu rassisch definierten »Volksgruppen« und ethnisch homogenen Großreichen

Ende der zwanziger Jahre schien sich für eine kurze Zeitspanne die Lage der Minderheiten in Rumänien zu normalisieren. 1928 war die Nationale Bauernpartei an die Macht gekommen, auf deren Listen viele Vertreter der Minderheiten kandidiert hatten. Doch dann zerstörte die Weltwirtschaftskrise den hoffnungsvollen Anfang. Da ein großer Teil der Steuern ausblieb, hatte der rumänische Staat ab 1930 nur noch geringe Mittel für das Schulwesen. Viele der gerade eröffneten ukrainischen Volksschulen in der Bukowina wurden wieder geschlossen.[35] Eine Gruppe junger Ukrainer sah keine Perspektiven mehr in Rumänien und lehnte die Parlamentsarbeit der traditionellen Minderheitenvertreter ab. Das Hauptziel der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN) war die Schaffung einer Großukraine, weshalb ihre Anhänger als Irredentisten von allen rumänischen Regierungen seit 1933 verfolgt wurden. Besonders aktiv war die OUN in Polen, wo sie Attentate auf Regierungsvertreter organisierte und auch antisemitische Klischees vertrat. In Rumänien hatte sie in den dreißiger Jahren vor allem unter Oberschülern und Studenten einige Unterstützer. Seit 1933 bemühte sich die OUN um Kontakte zu den Nationalsozialisten im Deutschen Reich und erhielt verdeckte Unterstützung besonders für die Subversionen im polnischen und tschechoslowakischen Staat. Während in Berlin die territoriale Zersplitterung dieser beiden Staaten angestrebt wurde, war das Deutsche Reich bei Rumänien an einer engen wirtschaftlichen Kooperation interessiert.[36]

Unter den Rumänen in der Bukowina hatte der Antisemitismus in den Jahren der Weltwirtschaftskrise massiv zugenommen. Den Politikern von der »Liga zur National-Christlichen Verteidigung« gelang es, durch die Forderung nach Enteignung der Juden viele Anhänger zu mobilisieren. Sie präsentierten den Bauern die jüdischen Pächter als Sündenböcke für die stark gestiegenen Pachtpreise. Dabei war der größte Großgrundbesitzer der Bukowina der nur von Rumänen verwaltete Religionsfonds, der seinen Boden aber vorzugsmäßig nicht rumänischen Kleinbauern, sondern zahlungskräftigeren jüdischen Großpächtern überlassen hatte. Bei den Wahlen in der

---

sationen, sondern von Lucien Wolf, dem Sekretär des »Joint Foreign Committee of the Board Deputies of British Jews«. Vgl. Hausleitner, Die Rumänisierung, S. 130.

34 Rudolf Michaelsen, Der Europäische Nationalitäten-Kongreß 1925-1928, Frankfurt/ Bern 1984, S. 95-98.

35 Hausleitner, Die Rumänisierung, S. 179.

36 Zur immer engeren Kooperation ukrainischer Nationalisten mit deutschen Dienststellen vgl. Frank Golczewski, Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Ders. (Hg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 241-260.

Bukowina kam es immer häufiger zu Ausschreitungen. 1931 erlangte die »Liga zur National-Christlichen Verteidigung« in der Bukowina 22% der abgegebenen Stimmen. Ihre Abgeordneten veränderten durch ihre aggressiven Reden das Klima im Parlament. Für einen Ausruf wie: »Für euch ist der Schlagstock zu schade..., ihr braucht eine Kugel.« erhielt der Bukowiner Abgeordnete Robu 1936 nur eine geringfügige Disziplinarstrafe.[37]

Während in den zwanziger Jahren die Vertreter der Dachverbände der Deutschen, Ukrainer und Juden gemeinsam für Minderheitenrechte eingetreten waren, begann sich seit den Krisenjahren eine Wende abzuzeichnen. Besonders die Kooperation zwischen den Deutschen und Juden war nach 1933 kaum mehr möglich. Der Hintergrund war nicht nur ein jüdischer Aufruf zum Boykott von Waren aus dem Deutschen Reich, sondern auch die Wahlerfolge der antisemitischen »Liga« unter Deutschen und Ukrainern.[38] Während in den zwanziger Jahren alle Deutschen die Empfehlungen ihres Dachverbandes befolgten und für die Partei stimmten, die besonders viele Zugeständnisse versprach, spalteten sich nun radikale Splittergruppen ab. In der Bukowina kandidierten einige Deutsche auf der Liste der »Liga«. Der Führer der »Liga«, Alexandru C. Cuza, bereiste auf Hitlers Einladung 1933 das Deutsche Reich und steigerte dadurch sein Ansehen unter den Rumänien-Deutschen. Vor allem junge deutsche Radikale setzten nun auf Unterstützung ihrer Anliegen durch die Instanzen der NSDAP.[39]

Nutznießer dieser neuen Konstellation waren die rumänischen Nationalisten. Im November 1933 kam die Nationalliberale Partei wieder an die Macht und der Bukowiner Ion Nistor wurde Unterstaatssekretär für Minderheitenfragen. Er verfügte die Rücknahme aller Zugeständnisse aus der Regierungszeit der Bauernpartei: Bürgermeister und Gemeinderäte in Gebieten mit großem Minderheitenanteil wurden abgesetzt. Seit 1934 mußten Beamte wieder eine rumänische Sprachprüfung ablegen und infolgedessen wurden viele Nichtrumänen entlassen. Nachdem Nistor 1934 Arbeitsminister geworden war, ersann er immer neue Möglichkeiten, um Nichtrumänen im Wirtschaftsbereich zu marginalisieren. Die gesetzlich abgesicherte Diskriminierung traf vorerst vor allem jüdische Geschäftsleute, weil sich zugunsten der deutschen Minderheit diverse Behörden des Deutschen Reichs einsetzten. Nistor wandte sich aber weiterhin auch gegen Ukrainer, die sich gegen die geplante Zwangsassimilierung wehrten. Als Legitimation der Notstandsmaßnahmen in der Bukowina verwies er immer wieder von neuem auf den angeblichen »Terror« der Ukrainer in Czernowitz im November 1918.[40] Schon 1934 schlug er vor, dass die Probleme mit der fast eine Million zählenden ukrainischen Bevölkerung in Rumänien (offiziell 3,6% der Gesamtbevölkerung) durch einen Austausch gegen die rumänische Minderheit aus dem ukrainischen Transnistrien gelöst werden könnten.[41] In der Sowjetukraine gab

37 Er wurde von den nächsten dreißig Sitzungen des Parlaments ausgeschlossen und erhielt kein Tagesgeld. Zit. n. Hausleitner, S. 252. Zur Brutalisierung der Auseinandersetzungen im Parlament vgl. Hans-Christian Maner, Parlamentarismus in Rumänien 1930-1940. Demokratie im autoritären Umfeld, München 1997, S. 288f.

38 Gleichzeitig rief auch die »Selbsthilfe« rumäniendeutscher Rechter zum Boykott jüdischer Waren auf. Vgl. Hildrun Glass, Zerbrochene Nachbarschaft. Das deutsch-jüdische Verhältnis in Rumänien 1918-1938, München 1996, S. 437-457.

39 Jean Ancel: Contribuţii la istoria României. Problema evreiască 1933-1944, vol 1/1, Bucureşti 2001, S. 171; Hausleitner, Die Rumänisierung, S. 253.

40 Ion I. Nistor: Problema ucraineană în lumina istoriei, Rădăuţi 1997, S. 212.

41 Nistor, Problema, S. 225.

es kein Interesse an solchen Plänen. Erst mit dem »Geheimen Zusatzprotokoll« des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1939, in dem sich das Deutsche Reich und die Sowjetunion Ostmittel- und Südosteuropa in eine deutsche und eine sowjetische »Einflußsphäre« teilten, begannen der Bevölkerungsaustausch und die Vertreibungen.

Wie bei den Deutschen, hatten auch in den Organisationen der Ukrainer seit den Krisenjahren die gemäßigten Kräfte an Einfluß verloren, weil ihr Dachverband nach 1933 keine Zugeständnisse mehr erreichte. In der Untergrundpresse der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« wurde nun propagiert, dass sowohl die Schul- wie Wirtschaftsprobleme der Ukrainer in der ethnisch homogenen Großukraine gelöst würden, der auch die Nordbukowina angehören sollte. Während die rumänischen Nationalisten vehement gegen den Anspruch der Ukrainer auf die Nordbukowina polemisierten, gab es in einem Punkt Einigkeit: im Antisemitismus. Tätliche Angriffe auf Juden waren Mitte der dreißiger Jahre in der Bukowina ständig zu verzeichnen. Die Juden wurden nicht nur bezichtigt, für das Elend der rumänischen Bauern und die fehlenden Aufstiegschancen rumänischer Universitätsabsolventen verantwortlich zu sein. Die Antisemiten verbreiten nun auch das Klischee vom »jüdischen Bolschewismus«. Weil die Arbeiterbewegung in Rumänien nur eine marginale Rolle spielte, wurden auswärtige Entwicklungen zur Polarisierung eingesetzt. 1936 brachte die rechte Presse die Verfolgung von Pfarrern durch Linke im Spanischen Bürgerkrieg groß heraus. Außerdem wurde auf die Unterstützung der Internationalen Brigaden durch Linke aus der Bukowina verwiesen. Zwei rumänische Rechtsradikale, die als Freiwillige auf der Seite Francos gefallen waren, erhielten im Februar 1937 eine große Trauerfeier. Die rückgeführten Särge wurden in der größten Czernowitzer Kirche aufgebahrt und über 8.000 Personen begleiteten sie unter der Losung: »Christen gegen Antichristen«.[42]

Im Dezember 1937 berief der König die kleine antisemitische »National-Christliche Partei« in die Regierungsverantwortung.[43] Obwohl sie sich nur 44 Tage an der Macht halten konnte, blieben die von ihr erlassenen Dekrete in den darauffolgenden Jahren der Königsdiktatur erhalten. Bis 1939 verlor ein Drittel der Bukowiner Juden die Staatsbürgerschaft. Das bedeutete ihren Ausschluß von den staatlichen Bildungseinrichtungen sowie Einschränkungen ihrer Eigentumsrechte. Im August 1940 verfügte die Regierung ein »Statut der Juden«, das durch die rassische Definition auch getaufte Juden diskriminierte.[44] Die Ukrainer wurden in den Jahren der autoritären Herrschaft des Königs ebenfalls weiter bedrängt: Ihr Dachverband war mit allen anderen Parteien 1938 aufgelöst worden, alle Vereine mußten der Staatsorganisation »Front zur nationalen Wiedergeburt« beitreten und die letzten ukrainischen Schulen wurden geschlossen.

Als im September 1940 General Ion Antonescu zusammen mit der »Eisernen Garde« den Nationallegionären Staat begründete, gehörte nur noch der Südteil der Bukowina zu Rumänien. Die Sowjetunion hatte im Juni 1940 Anspruch auf Bessarabien

---

42 Eine ausführliche Darstellung des Trauerzuges schrieb der Czernowitzer Konsul des Deutschen Reiches nieder. Vgl. Armin Heinen, Die Legion »Erzengel Michael« in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation, München 1986, S. 303-315.

43 Diese Partei, die 1937 nur 9% der Stimmen erhalten hatte, war 1935 durch den Zusammenschluß der »Liga zur National-Christlichen Vertreidigung von Cuza und der Nationalen Agrarpartei von Octavian Goga entstanden.

44 Carol Iancu, La Shoah en Roumanie, Montpellier 2000, S. 19.

und die Nordbukowina erhoben und die rumänische Regierung gab dem Ultimatum zum Abzug ihrer Verwaltung und Armee statt. Die zurückgezogenen Einheiten der Armee plünderten und ermordeten einige Juden im Norden Rumäniens. In dem einen Jahr der Zugehörigkeit der Nordbukowina zur Sowjetukraine demonstrierten die deutschen Behörden die Machbarkeit der »ethnischen Homogenisierung«. Im Herbst 1940 organisierte die »Volksdeutsche Mittelstelle« die Umsiedlung von 43.000 Deutschen aus der Nordbukowina. Viele wurden in dem von Polen eroberten sog. Warthegau angesiedelt, aus dem zuvor die polnische und jüdische Bevölkerung vertrieben worden war.[45] Die sowjetischen Behörden deportierten aus der Nordbukowina über 72.000 Rumänen, Juden und Ukrainer, die sie aufgrund ihres Besitzes oder der Zugehörigkeit zu »bürgerlichen« politischen Organisationen als Klassenfeinde ansahen.[46]

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 zog die rumänische Armee als Bündnispartner des Deutschen Reiches wieder in die Bukowina ein. Rumänische Einheiten der Gendarmerie und eine kleine Truppe der deutschen Einsatzgruppe D erschossen einige Hundert Juden. Im Sommer/ Herbst 1941 wurde die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung aus der Bukowina und Bessarabien vertrieben, es handelte sich um etwa eine Viertelmillion. Während der Deportation und später in dem rumänischen Besatzungsgebiet in der Südukraine zwischen Dnjestr und südlichem Bug, das Transnistrien genannt wurde, starb ungefähr ein Drittel der Deportierten an Hunger und Mangelkrankheiten.[47] Für 1943 planten die rumänischen Behörden auch die Vertreibung von etwa einer Million Slawen aus der Bukowina und Bessarabien. Insgesamt sollten 3,5 Millionen Nichtrumänen Rumänien verlassen. Dieser Plan konnte aufgrund der Entwicklung an der Ostfront nicht mehr umgesetzt werden. Der Beamte der Bukowiner Behörde für Rumänisierung, der 1943 berechnete, wieviel Boden nach der Vertreibung der Ukrainer, Polen, Armenier und anderer frei würde, legitimierte sein Tun mit der Theorie von Nistor, dass die »eingesickerten Fremden den rumänischen Charakter der Bukowina zerstört hätten«. Durch die Vertreibung der Nichtrumänen und die Übernahme ihrer Betriebe, Werkstätten, Bankkonten, Häuser und Grundstücke sollten günstige Entwicklungsmöglichkeiten für die rumänische Mittelschicht geschaffen werden.[48]

Abschließend sei hervorgehoben, dass sich dank der Kooperation der Nichtrumänen in der Bukowina erst später als in anderen Landesteilen rassistisches Gedankengut ausbreitete. Das wird am deutlichsten klar, wenn man die Lage der Juden in der Bukowina und im benachbarten Gebiet Bessarabien vergleicht, das ebenfalls 1918 von Rumänien besetzt wurde. In Bessarabien gab es – wie das Pogrom von Kišinev 1903

---

45 Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt 1995; Dirk Jachomowski, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina und Dobrudschadeutschen, München 1984.

46 Dov Levin, The Jews and the Inception of Soviet Rule in Bukovina, in: Soviet Jewish Affairs, Vol. 6, 2, 1976, S. 53f.; Nicolas Werth, Ein Staat gegen sein Volk, in: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998, S. 236f.

47 Die Anzahl wird unterschiedlich angegeben, weil die rumänischen Behörden sehr ungenau Buch führten und auch nicht bekannt ist, wieviele Juden sich vor dem Angriff in die Sowjetunion retten konnten. Vgl. Radu Ioanid, The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies under the Antonescu Regime 1940-1944, Chicago 2000; Mariana Hausleitner/ Brigitte Mihok/ Juliane Wetzel (Hg.), Rumänien und der Holocaust. Zu den Massenverbrechen in Transnistrien 1941-1944, Berlin 2001.

48 Bukarester Staatsarchiv, Preşidenţia Consiliului de Miniştrii, 72/1941, S. 10-14.

zeigte – schon unter der russischen Herrschaft starke antisemitische Strömungen. Nach 1918 wurden dort von den rumänischen Behörden alle jüdischen Vereine ständig unter Druck gesetzt. Die Vertreterin des Arbeiterbundes im Nationalrat, Nadja Grienfeld, wurde 1918 umgebracht, weil sie gegen den Anschluß an Rumänien war. Viele andere jüdische Sozialdemokraten wurden verfolgt und als angebliche »Bolschewisten« verhaftet. Während in der Bukowina der Versuch der Ausweisung von jüdischen Gewerkschaftern 1920 durch den erwähnten Streik unmöglich gemacht wurde, sind solche Solidaritätsakte in Bessarabien nicht zu verzeichnen. Zwischen den Nichtrumänen in Bessarabien, die einen beträchtlichen Anteil von mindestens 37% der Bevölkerung (1930) stellten, gab es keine so enge Kooperation bei der Abwehr der Maßnahmen zur Rumänisierung wie in der Bukowina. Die Vereinsstruktur war nicht so entwickelt wie in der Bukowina und zwischen den Deutschen und Juden fehlte das verbindende Element der deutschen Sprache und Kultur. Die gebildeten Juden Bessarabiens orientierten sich an der russischen Kultur, doch die Vertreter der russischen und ukrainischen Verbände bemühten sich nicht um einen gemeinsamen Einsatz etwa für den Erhalt des russischen Theaters in Kišinev. Die späte »Ethnisierung« der sozialen Konflikte in der Bukowina war eine Auswirkung der rechtlichen, politischen und mentalen Strukturen, die sich in der österreichischen Zeit herausgebildet hatten. Dadurch, dass keine Ethnie zahlenmäßig dominierte, behaupteten sich die Kooperationsformen noch bis in die dreißiger Jahre. So setzte sich selbst unter den Rumänen der Bukowina der Antisemitismus später als in Altrumänien und Bessarabien durch, wo er bereits in den zwanziger Jahren einen breiten Teil der Studenten und Oberschüler erfaßt hatte. Die Konkurrenz um Stellen war in der Bukowina geringer, denn bis in die dreißiger Jahre hinein bekamen alle rumänischen Absolventen vorzugsmäßig Stellungen in der Verwaltung, Justiz und in den Bildungseinrichtungen. Dennoch war seit 1919 die Idee allgegenwärtig, dass der rumänische Staat, um eine rumänische Mittelschicht zu fördern, die Rechte der Nichtrumänen mißachten kann. Gerade weil die Vertreter der Minderheitenverbände mit ihrer Verhandlungspolitik seit 1933 keine Zugeständnisse mehr erreichten, setzte sich bei vielen jugendlichen Nichtrumänen ein neues Volksgruppen-Verständnis durch. Sie verstanden sich nun als Teile des deutschen oder ukrainischen Volkes und wollten in national homogenen Gebieten leben. Sie baten die deutschen Nationalsozialisten, die das Pariser Vertragswerk für nichtig erklärten, um Unterstützung. Das Versagen des Völkerbundes in der Verteidigung der Minderheitenrechte sowie gegenüber der Annexionspolitik Italiens und des Deutschen Reichs bestärkte diesen Trend. Die Zerstörung der in Paris festgelegten Grenzen seit 1938 und die Umsiedlungen der Deutschen aus der Sowjetunion 1939/1940 schienen die Machbarkeit von ethnisch homogenen Gebieten zu demonstrieren. Diese destruktive Idee konnte die rumänische Regierung aber erst umsetzen, als ihr ein Besatzungsgebiet zur Verfügung stand, in das sie die Juden, Roma und andere deportieren konnte. Es soll aber auch betont werden, dass sich nicht alle Rumänen dem neuen Denken anpaßten. Traian Popovici, der Bürgermeister von Czernowitz, widersetzte sich 1941 lange der Deportation der Juden. Er erlangte von General Antonescu eine Sondergenehmigung, dass 20.000 Juden zurückbleiben konnten, um das Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten. Nach Popovicis Absetzung 1942 wurden noch etwa 5.000 der von ihm geschützten Juden nach Transnistrien deportiert, doch der Rest überlebte die Kriegsjahre in Czernowitz. Popovicis Denken war noch geprägt von der österreichischen Zeit, als sich die Mehrheit der Bukowiner Politiker gegenseitig achtete und gemeinsam pragmatische Auswege aus Konfliktsituationen suchte.